

06.07.2012 / Titel / Seite 1

Beamter »Klein-Adolf«

Sebastian Carlens

Steckt ein hessischer Verfassungsschützer hinter dem Mord an einem Kasseler Internetcafébetreiber, der bisher dem »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) zugeschrieben wurde? Diesen Verdacht hat die Wochenzeitung Die Zeit am Donnerstag geäußert. Der als »kleiner Adolf« bekannt gewordene ehemalige Verfassungsschützer Andreas Temme war bereits direkt nach dem Attentat auf Halit Yozgat am 6. April 2006 der Hauptverdächtige, »unsere erste und einzige heiße Spur«, wie es der damals ermittelnde Polizeidirektor Gerald Hoffmann ausdrückte. Temmes Arbeitgeber, der hessische Verfassungsschutz, und die politisch Verantwortlichen unter dem damaligen Innenminister und jetzigen Ministerpräsidenten Hessens, Volker Bouffier (CDU), torpedierten die polizeilichen Ermittlungen jedoch (jW berichtete). Temme wurde 2007 freigesprochen - aus »Mangel an Beweisen«. Der Geheimdienstler war während und nach dem Anschlag am Tatort, zudem telefonierte er mehrmals an diesem Tag mit einem V-Mann aus der neofaschistischen Szene, den Die Zeit als Quelle »GP 389« bezeichnet. Sie soll mindestens seit dem Jahr 2000 in der »Freien Kameradschaft Kassel« aktiv gewesen sein. Mit diesem V-Mann sprach Temme demnach um 16.11 Uhr am Tag des besagten Mordes. »Direkt danach stempelte T. beim Amt aus und fuhr zu dem Internetcafé. Wenige Minuten später war Halit Yozgat tot.«

Der ehemalige Geheimdienstmann Temme, der unterdessen im Regierungspräsidium Kassel arbeitet, hat sich in einer Sendung des ARD-Magazins »Panorama«, die am Donnerstagabend ausgestrahlt werden sollte, erstmals selbst zu den Vorwürfen geäußert. »Ich war tatsächlich, wie ich es immer wieder nur betonen kann, zur falschen Zeit am falschen Ort«, behauptete der einstige Verfassungsschützer. Es gebe »keine Verbindung von mir zu diesen Taten«.

Vor dem NSU-Untersuchungsausschuß des Bundestages hat am Donnerstag der scheidende Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), Heinz Fromm, als Zeuge ausgesagt. Die Mordserie sei »eine schwere Niederlage für die deutschen Sicherheitsbehörden«, so Fromm. Die nachträgliche Vernichtung von Akten zur »Operation Rennsteig«, in deren Rahmen Spitzel aus dem neofaschistischen »Thüringer Heimatschutz« geworben werden sollten, habe dem Ansehen des Amtes geschadet. Er habe keine Erklärung für die Aktenlöschung und fühle sich getäuscht, sagte der zum Monatsende in den Ruhestand wechselnde Fromm. Der für den Schredderbefehl verantwortliche Referatsleiter des BfV war ebenfalls am Donnerstag vor den Ausschuß geladen worden. Abgeordnete bezeichneten seine Angaben als nicht befriedigend. Vorsitzender Sebastian Edathy (SPD) teilte nach der Vernehmung mit, der Verfassungsschützer habe zu Einzelheiten seine Aussage verweigert. Gegen den Beamten wird derzeit dienstrechtlich ermittelt.

Am Mittwoch konnten die Mitglieder des Ausschusses die noch vorhandenen und rekonstruierten Akten zur »Operation Rennsteig« mit den Klarnamen der V-Leute einsehen (siehe jW vom 5.7.). Unter diesen hätten sich keine Schlüsselfiguren des NSU befunden, teilte Hans-Christian Ströbele, der für die Grünen im Gremium sitzt, am Donnerstag dem ARD-»Morgenmagazin« mit. Gleichwohl sei »Entwarnungseuphorie« unangebracht: »Es gab auch Anwerbungen und V-Leute, die aus operativen Gründen nicht in die innere Verfassungsdatei aufgenommen worden sind«, sagte Ströbele. Er habe »immer noch den Eindruck, daß der Verfassungsschutz ungeheuer genau informiert war«.